

Heute vor 45 Jahren



16. 6. 1969: Wilson, Meir, Brandt. Am Kongress der Sozialistischen Internationale in Eastbourne am Ärmelkanal treffen sich Grossbritanniens Premier Harold Wilson (1916–1995), Israels Premierministerin Golda Meir (1898–1978) und Willy Brandt (1913–1992), damals deutscher Aussenminister, vor dem Cavendish-Hotel. Foto Keystone

Einspruch

Zuckerbrot und Peitsche für Frührentner

Von Caroline Mall

Nach dem Motto «Zuckerbrot und Peitsche für die Frühpensionierung im Lehrerberuf» leben derzeit jene Lehrpersonen, die sich dazu entschieden haben, frühzeitig in Pension zu gehen, und dies nur aufgrund der Ausfinanzierung der Pensionskasse Baselland. Der Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat war für die Frühpensionierung der Lehrpersonen matchentscheidend. Würden jene Lehrpersonen das ordentliche Pensionsalter von 64 beziehungsweise 65 abwarten, müssten sie mit sehr grosser finanzieller Einbusse für die wohlverdiente Rente rechnen. Selbstredend will niemand freiwillig eine solche Einbusse akzeptieren, vor allem dann nicht, wenn die Rente dann nicht ausreicht und das Sozialamt mit Steuergeldern für dieses finanzielle Defizit aufkommen muss.

Gummiregel der Notwendigkeit

Es ist allseits bekannt, dass sich unsere Schullandschaft leider in einem unglaublichen Umbruch befindet, dies nicht zuletzt aufgrund der Annahme des Harmos- beziehungsweise des Sonderpädagogikkonkordates. Der Kanton Baselland beklagt einerseits einen Lehrermangel auf sämtlichen Schulstufen, und gleichzeitig macht er den Anstellungsbehörden mit diversen Schreiben Druck, indem er diese auffordert, frühpensionierten Lehrpersonen keinen befristeten Anstellungsvertrag auszustellen. Dieses Vorgehen entbehrt jeglicher moralischer und ethischer Grundlage und ist ernsthaft zu hinterfragen.

Die Rechtsgrundlage für diese Aufforderung fehlt gänzlich! Um dieser wohlwollenden Problematik aus dem Weg zu gehen, wird auf eine Gummiregel verwiesen: «Eine Weiterbeschäftigung ist nur dann möglich, wenn es die betriebliche Notwendigkeit im Schulbetrieb erfordert.» Wann ist dieser Gummibegriff anwendbar? Aussagen, es sei sozial nicht korrekt, sich pensionieren zu lassen und dann frisch fröhlich weiterzuarbeiten, sind nachvollziehbar, wenn absichtliche Berechnung dahintersteckt. Ich bin aber überzeugt, dass es zu ganz wenigen Frühpensionierungen der Lehrpersonen gekommen wäre, wenn diese keine finanziellen Einbussen nach dem ordentlichen Rentenalter hätten hinnehmen müssen.

Baselland beklagt den Lehrermangel, will aber keine befristeten Stellen für Frühpensionäre. Dies entbehrt jeder Basis.

Wir haben hier, wie das im Protokoll der Landratsdebatte vom 8. Mai 2014 auch nachzulesen ist, gewiss eine aussergewöhnliche Situation. Es wäre fahrlässig, unseren Kindern motivierte und erfahrene Lehrpersonen vorzuenthalten, denen nach der Frühpensionierung eine befristete Anstellung von zwei bis vier Lektionen pro Woche verwehrt würde, nur weil einige Anstellungsbehörden kalte Füsse bekommen, sie könnten ein Gesetz verletzen.

Ethische Verpflichtung

Fakt ist: Es besteht bis dato keine Rechtsgrundlage, die eine befristete Anstellung untersagt. Vielmehr ist es ein moralischer Akt gegenüber Kindern und langjährigen Mitarbeitern im Lehrerberuf, diesen die Möglichkeit von zwei bis vier Lektionen in einem bestehenden Klassenzug befristet anzubieten. Es ist eine Investition in die Zukunft.

Ich ermuntere daher alle Anstellungsbehörden, die moralische und ethische Verpflichtung gegenüber unseren schulpflichtigen Kindern und jenen motivierten Lehrpersonen wahrzunehmen und nicht der Aufforderung Folge zu leisten, den frühpensionierten Lehrpersonen nach dem Zuckerbrot die Peitsche ins Gesicht zu schlagen. Caroline Mall, Reinach, Landrätin, SVP

Briefe

Wo ist die Solidarität für Ladenbesitzer?

Kost Sport ist am Ende/«Was hier passiert, tut richtig weh»; BaZ 11./12. 6. 14

Eine Unterstützung der Regierung, um Basler zum Einkauf in Basel anzuregen, wäre angebracht. Aber wer weiss, wie viele selbst vom Parlament jeden Samstag Einkäufe in Deutschland tätigen? Eine Umfrage, wer von der Regierung und den Grossräten im Ausland einkauft, wage ich nicht, da kämen mir wohl die Tränen. Und man lässt lieber gleich das Tram in das Einkaufszentrum fahren, so wird der Einkauf unterstützt.

Bedauerlich, dass die Basler nicht schätzen, wie sich viele Geschäftsinhaber bemühen, attraktive Produkte anzubieten. Wo ist die Solidarität? Es nützt uns nichts, wenn wir hören, wir hätten schöne Geschäfte, aber eingekauft wird im Ausland – wie vielleicht bemerkt wird, verändert sich die Stadt langsam mit ihrer Ladenvielfalt, und es wird nur noch den Einheitsbrei geben – originelle und attraktive Geschäfte verschwinden. Man sollte nachdenken, wohin das «Geiz ist geil»-Verhalten und die Feilsch- und Schnäppchenmentalität führen.

Mario Frank, Basel

Konzepte machen die Stadt kaputt

Schon wieder verschwindet eine hervorragende Traditionsfirma aus unserer Stadt. Die Geschäftsleitung erwähnt unter anderem das neue Verkehrskonzept. In der Tat: Wer will schon seine Ski durch die ganze Stadt schleppen? Regierungsrat Hans-Peter Wessels mag sich zurücklehnen, es werden weitere Geschäftsaufgaben folgen. Unsere Stadt macht er mit seinen Konzepten kaputt.

René Neidert, Riehen

Lasst die Innenstadt am Leben

Kost Adieu und das Aus auch für viele andere Geschäfte, die noch folgen werden. Als 75-Jähriger finde ich, es sei tragisch, was mit unserer Innenstadt passiert und was noch zu erwarten ist. Als ich 1963 nach Basel übersiedelte, war die Innenstadt noch belebt, es gab genügend Parkplätze am Barfüsserplatz und am Marktplatz und so fort. Die Geschäfte waren gut besucht, und der Umsatz war zufriedenstellend, Klagen in

dieser Hinsicht hörte man keine. Wo sind unsere Behörden heute? Sie unterstützen eine kleine Gruppe von zweirädrigen Verkehrsteilnehmern und meinen anscheinend, das sei die richtige Politik, die das einfache Volk wünsche.

Die angestrebte Regelung des Innenstadtverkehrs liesse sich sicher auch anders lösen. Am Morgen die Belieferung der Läden und so weiter. Am Mittag absolut ohne Verkehr (abgesehen von Notfällen) – also für die Fussgänger frei. Alle könnten sich in diese Lösung fügen. Mit etwas gutem Willen geht doch alles.

Kost Sport: Man liest, dass diese Liegenschaft im Familienbesitz der Kosta ist. Warum versucht man nicht, mit jungen Leuten den Betrieb aufrechtzuerhalten? Dazu benötigen Junge günstigen Mietzins und vielleicht eine Finanzspritze; den Mietzins könnte man auch vom Umsatz abhängig machen. Wir alle müssen einmal sterben, lasst wenigstens die Innenstadt am Leben. Auch Arbeitsplätze könnten so gerettet werden.

Mario Bernasconi, Basel

Sanktionen für Nigerias Regierung

Nachrichten: Schweiz sanktioniert Boko Haram; BaZ 10. 6. 14

Während in Nigeria 70 Prozent der Staatsausgaben für die Bezahlung der Regierungsmitglieder ausgegeben werden, leben 80 Prozent der Einwohner Nigerias von weniger als zwei Dollar im Tag, und das schlecht ausgerüstete, unterbezahlte, unzufriedene Militär ist von Boko-Haram-Sympathisanten infiltriert. Kinder der Regierungsbeamten studieren in Elite-Unis im Westen, aber der Bildungsetat beträgt 0,5 Prozent, und im Norden leben 80 Prozent Analphabeten, die leicht für den Terrorismus rekrutierbar sind. Während die Bevölkerung der reichsten Wirtschaftsmacht Afrikas mit dem drittbesten Gesundheitssystem der Welt lebt und sich eine Behandlung häufig nicht leisten kann, lassen sich Regierungsmitglieder im Ausland behandeln und können sich in turbulenten Zeiten in ihre Luxusvillen im Ausland begeben.

Um statt wirkungsloser Symptombekämpfung an der Wurzel des Terrorismus anzusetzen, schlage ich vor, auch die Regierung Nigerias auf die Sanktionsliste (Kontensperrungen, Einreiseverbote) zu setzen, so lange, bis sie die Ölgewinne zum Schutz ihrer Bevölkerung und zur wirkungsvollen Armutsbekämpfung verwendet.

Barbara Werner, Basel

Fussbälle kann man nicht essen

Fussball-WM; BaZ diverse

Die Brasilianer sind immer noch fussballverrückt, aber viel weniger verliebt in diesen Sport als auch schon. Viele protestierten gegen Vergeudung von Geldern für die WM. Als 1954 die Nationalmannschaft Brasiliens während der Weltmeisterschaft in der Schweiz auf der Gutzwiller in Biel gegen den FC Biel spielte, war die Fussballbegeisterung in der Schweiz vielleicht auch grösser als heute. (Der FC Biel verlor 10 zu 0.)

Mehr als Fussball interessierten uns Kinder damals nicht Panini-Bildchen von den Fussballstars wie heute, sondern Bilder von Velorennfahrern, von Fausto Coppi etwa, von Ferdi Kübler, Rik Van Steenbergen, Hugo Koblet und so weiter. Die Bilder bekam man, wenn ich mich richtig erinnere, als Beilage zum Kauf von Kaugummi.

Vielleicht sollten wir unsere Kinder und Grosskinder auch daran erinnern, dass in Brasilien sehr viele Kinder in Armut leben. Das Geld, das jetzt die Fifa mit Sitz in Zürich kassiert, und die Mittel, die der Bau der Fussballstadien und der Einsatz der Polizei und der Armee für diese Spiele verschlingen, werden für die brasilianischen Kinder fehlen. In Brasilien haben viele Kinder nicht genug zu essen. Sie leben mit ihren Eltern in Favelas, in Elendsvierteln oder den Wäldern am Amazonas. Werden Kinder krank, können sie oft mit ihrer Mutter nicht zum Arzt, da das Geld fehlt. Für die WM werden Millionen umgesetzt, aber Fussbälle kann man nicht essen.

Brasilien vergeudet zwar noch sehr viel mehr Geld für die unnütze Rüstung und das Militär als für diese Fussballweltmeisterschaft, die immerhin vielen, ob Arm oder Reich, in Brasilien Spass macht. Unterseeboote, Kampfjets, Raketen, Bomben, Minen und Granaten kauft Brasilien, auch Rüstungsgüter aus der Schweiz. Aber das ist kein Thema in der Schweiz. Wichtig ist jetzt nur die Fussball-WM in Brasilien ...

Heinrich Frei, Zürich

Nie das Gefühl von Unterdrückung

Agenda: Ab nach Singapur? Nein danke! BaZ 12. 6. 14

Gewiss ist Singapur stark reglementiert und sehr gut organisiert. Aber diesen Inselstaat gleich als Tyrannei zu bezeichnen, entspricht nicht meinem Ver-

ständnis der Realität. Vielleicht könnte Roland Stark die Anzahl der Singapurereingewanderten, die in den letzten Jahren aus dieser «Tyrannei» geflohen sind und um Asyl in der Volksrepublik Basel-Stadt gebeten haben? Es würde mich überraschen, wenn es überhaupt solche hätte. Vielleicht unterschätzt Stark, dass es Leute auf der Welt gibt, die Ordnung – statt Sauordnung – bevorzugen und es sich auch etwas kosten lassen. Sicher hatte ich in Singapur nie das Gefühl, «unterdrückt» zu werden.

Alan Dangerfield, Binningen

Rationierung tierischer Produkte

Veganismus als Ideal und Staatsprogramm; BaZ 11. 6. 14

Ist es nicht rührend, wie Menschen sich um das Wohl ihrer Mitmenschen kümmern! Stichworte: Zucker, Fett, Rauch. Nun soll Basels Regierung (per Gesetz?) die Gesellschaft zu bedachterem Umgang mit Nahrungsmitteln, zu ökologischer Nahrungsmittelproduktion erziehen, pflanzliche Ernährung fördern und für mehr vegane Menüs (absolut keine tierischen Produkte) sorgen.

Mit diesem Vorstoss will eine grüne Grossrätin unter anderem den Welthunger, die Armut und den Klimawandel eindämmen. Toll, dieser Vorstoss einer unbedachten Weltverbesserin und Gutmenschin. Einfacher wäre es doch, man würde alle tierischen Produkte – vom Ei, von Milch und Honig bis natürlich zum Fleisch – und die Verbrauchsgüter wie Textilien, Seife und so weiter rationieren, wie es einst im Zweiten Weltkrieg der Fall war. Damit würde automatisch weniger konsumiert, produziert, die Umwelt geschont, der Klimawandel abgewehrt – und es würden keine Lebensmittel vergeudet. Hätten wir dann eine heile Welt!

Emmy Honegger, Pratteln

An unsere Leserinnen und Leser

Über nicht veröffentlichte Briefe wird keine Korrespondenz geführt. Die Briefe sollten sich auf BaZ-Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen. Bitte senden Sie die Briefe mit vollständigem Namen, Adresse und Telefonnummer (für Rückfragen). Vielen Dank. <http://verlag.baz.ch/leserbrief> oder per E-Mail: leserbrief@baz.ch Postadresse: Basler Zeitung, Leserbrief, Postfach 2250, 4002 Basel